

Aus Leserbriefen an die Redaktion

Was wir brauchen, ist eine Gesellschaftskritik gegen den Neoliberalismus, ein solidarisches Handeln aller DGB-Gewerkschaften, damit »Verschaukelt, verraten und verkauft« der Vergangenheit angehört.

Fehlende Solidarität

Zu *jW* vom 15.7., »Viele sagen, das sei ihr letzter Streik gewesen«

Zum ersten Mal hat eine Gewerkschaft in ver.di gegen die Ausgliederung von Betriebsteilen bei gleichzeitiger Lohn- und Gehaltskürzung gekämpft. Gegner waren nicht nur die Arbeitgeberverbände, die Bundesregierung und die Aktionäre der Post, sondern auch Black Rock (das globalisierte Finanzkapital und TTIP lassen grüßen). Die Forderung und der Kampf waren richtig. Aber um gegen diese Macht gewinnen zu können, hätte es die gesamte Kraft des DGB erfordert. Leider hatten schon andere Gewerkschaften Auslagerungen und Lohn- und Gehaltskürzungen zugestimmt, so dass eine Niederlage vorprogrammiert war. Sollte in Zukunft bei so wichtigen Tarifforderungen die aktive Solidarität anderer Gewerkschaften fehlen, sind weitere Niederlagen zu befürchten. Was wir brauchen, ist eine Gesellschaftskritik gegen den Neoliberalismus, ein solidarisches Handeln aller DGB-Gewerkschaften, damit »Verschaukelt, verraten und verkauft« der Vergangenheit angehört.

Otto Wagner, per E-Mail

Treuhand hat Zweck erfüllt

Zu *jW* vom 16.7., »Abgeschrieben«

Zu Recht kritisiert Katja Kipping den Griechenland aufgezwungenen Treuhandfonds. Dennoch

teile ich ihre Schlussfolgerung nicht, dass vor 25 Jahren die Treuhandanstalt in Ostdeutschland als »Pleitemodell (...) scheiterte«. Für die herrschende Klasse in der BRD war und ist das weder eine Pleite noch ein Scheitern. Sie hat ihre Ziele durchgesetzt und mit dem Volkseigentum der DDR ordentlich Profit gemacht. Das zu sehen scheint mir eine Voraussetzung für realitätsnahe Politik (...).

Günter Böhme, Halbe

Argumente statt Querschläge

Zu *jW* vom 18./19.7., »Panzer zu Rollstühlen«

(...) Ich kann Wiglaf Drostes Wut und Zynismus über die Machenschaften und Taten von Wolfgang Schäuble (...) nachvollziehen. Doch die *jW* sollte mit Argumenten gegenhalten, nicht mit persönlichen Querschlägen. (...) Ich selbst muss manchmal einen Rollstuhl benutzen. (...) Dass Herr Schäuble seinen Job überhaupt machen kann, verdankt er einem Heer von Krankengymnasten, Masseuren, Krankenpflegern, die ihn von morgens beim Aufstehen bis nachts zum Einschlafen umsorgen. Ein Rundum-Sorglos-Paket, von dem die Krankenversicherungspflichtigen in Deutschland nur träumen können und das kaum jemand privat finanzieren kann. Droste hätte also argumentieren können: »Gerade ein Wolfgang Schäuble sollte aus eigener Erfahrung wissen, wie grausam es für von Lähmungen Betroffene ist, wenn sie nicht einmal mehr ein Minimum an Fürsorge erhalten (...). Wir gönnen Schäuble die Hilfe, doch finden es zynisch, wie er sie seinerseits den Griechen so terroristisch verweigert (...).«

Beate Brockmann, Praelo/Italien

Verfall der SPD

Zu *jW* vom 17.7., »Die Burg bröckelt«

Wolfgang Schäuble durfte wegen eines Spendenskandals nicht Vorsitzender der CDU werden, aber Finanzminister. Schon allein das zeigt eine erschreckende Skrupellosigkeit gegenüber den Wählern. Dass die SPD bei den Koalitionsverhandlungen Schäuble, immerhin mit 100.000 DM in den Skandal verwickelt, als Finanzminister akzeptierte und Gabriel ihn nun nach seiner Erpressungspolitik gegenüber der griechischen Bevölkerung auch noch in Schutz nimmt, spricht Bände über den Verfall der SPD. (...)

Peter Meiser, per E-Mail

Heuchlerische Lektionen

Zu *jW* vom 20. Juli: »Ein unerledigter Fall«

Journalist Uwe Nettelbeck, Gerichtsreporter mit humanistischem Kern, ist 1969 von der damals als »liberal« geltenden *Zeit* geflohen. Die Erfahrungen, die er mit Chefredakteur Theo Sommer gemacht hat, lassen sich ergänzen: Eine Gruppe Heidelberger Lehramtsanwärter hat 1975 den Radikalenerlass öffentlich als »Erpressung« bezeichnet und Berufsverbot erhalten. Als wir die *Zeit* gebeten haben, die Erklärung abzdrukken, hat Sommer dies höchstpersönlich schriftlich abgelehnt: »Revolutionäre mit Pensionsanspruch – das ginge wirklich zu weit.« Noch heute hält er Vorträge über »Demokratie«. 2014 wurde er vom Hamburger Amtsgericht wegen schweren Betrugs und vorsätzlicher Steuerhinterziehung von 649.918 Euro zu einer Strafzahlung und einem Jahr und sieben Monaten Haft verurteilt. (Die Haftstrafe wurde zu drei Jahren auf Bewährung ausgesetzt, *jW*.)

Martin Hornung, Eppelheim

Arbeitgeberargumentationen

Zu *jW* vom 20.7., »Meldepflicht für Sexarbeiterinnen hatten wir zuletzt 1939 unter den Nazis«

Wer die Presseerklärungen von »Doña Carmen«, als deren Mitarbeiterin und Vertreterin Juanita Rosina Henning auftritt, aufmerksam liest, muss leider feststellen, dass diese Organisation mitnichten nur die Interessen von Prostituierten vertritt. In weit größerem Maße vertritt sie die Interessen der millionenschweren Prostitutionslobby. Das bedeutet einen Interessenkonflikt zwischen Arbeitgeberinnen- und Arbeitnehmerinneninteressen. So schreibt Doña Carmen in ihrer Presseerklärung vom 28. Mai 2015 zur Kondompflicht für die Freier von Prostituierten: »Auf welche Art und Weise Menschen Sex miteinander haben, ist ihre höchstpersönliche Entscheidung und fällt unter das grundgesetzlich geschützte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.« Und: »Ein behördlich verordneter oder gesetzlich vorgeschriebener Kondomzwang bei Prostitution suspendiert diese freie Entscheidung und schließt Sexarbeiterinnen und ihre Kunden vom Schutz des Art. 2 Grundgesetz aus.« Das ist eine »Arbeitgeberargumentation«, die sich gegen eine bei den Kunden unpopuläre Arbeitsschutzmaßnahme richtet und die ökonomische Abhängigkeit der Prostituierten von ihren Kunden verleugnet. In der gleichen Presseerklärung schreibt Doña Carmen weiter: »Hinzu kommt, dass die Einschränkung der Persönlichkeitsrechte im Falle der Gurtpflicht sämtliche Autofahrer, nicht aber – wie beim geplanten Kondomzwang – nur eine bestimmte Berufsgruppe und deren Kunden betrifft.« Die Kondompflicht gilt nicht für Prostituierte. Sie gilt für deren Freier. Und die gehören nun wirklich nicht einer bestimmten Berufsgruppe an. Wenn Sie über die Situation von Prostituierten berichten, dann sollten Sie nicht nur auf die Stimmen der Sexindustrie hören (...).

Margot Müller, Bundessprecherin der feministischen Partei Die Frauen, per E-Mail

<http://www.jungewelt.de/2015/07-30/004.php>